

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Nach Brexit: Europa retten, Bayern schützen, Regionen stärken!

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. dem Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen noch vor der Sommerpause zu berichten, mit welchen Folgen sie für die bayerischen Bürger und die bayerische Wirtschaft in Folge des Austritts Großbritanniens aus der Europäischen Union rechnet,

2. auf allen Ebenen dafür Sorge zu tragen, dass negative Auswirkungen des Austritts Großbritanniens aus der Europäischen Union im Sinne der bayerischen Bürger und der bayerischen Wirtschaft so weit wie möglich eingedämmt werden und den bayerischen Steuerzahlern dadurch keine zusätzlichen Belastungen entstehen,

3. sich auf Bundes- und Europaebene für den Anstoß einer neuen großen EU-Vertragsreform einzusetzen, um endlich ein Europa der Bürger und Regionen auf den Weg zu bringen, das die Aufgaben der EU auf die großen Herausforderungen unserer Zeit beschränkt und die regionale und lokale Ebene stärkt. Dazu muss auch die Rückübertragung von Teilen der auf die EU-Ebene übertragene Kompetenzen auf die einzelnen Mitgliedstaaten in Betracht gezogen werden.

4. bürgerferne europapolitische Großprojekte wie die Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TiSA nicht über die Köpfe der Bürger hinweg durchzudrücken, sondern sich für diese Fälle auf Bundes- und Europaebene für Volksabstimmungen einzusetzen sowie hierzu auf Landesebene, falls Bayern Mitbestimmungsrechte hat, Volksbefragungen abzuhalten.

Begründung:

Großbritannien hat mehrheitlich für einen Austritt aus der Europäischen Union gestimmt. Das Referendum gilt es zu respektieren, auch wenn die Folgen für Europa und für unser Land dramatisch sein können. Der Exportmotor Bayern könnte unter den Folgen des Brexits leiden. Der Präsident des Ifo-Instituts Clemens Fuest sieht Deutschland insgesamt als wahrscheinlich größten Verlierer mit einem möglichen Rückgang von bis zu drei Prozent der Wirtschaftsleistung. Entsprechend soll sich die Staatsregierung einsetzen, dass die Folgen für unsere Volkswirtschaft und für unseren Wohlstand in Bayern so gering wie möglich gehalten werden. Zum ersten Mal in der Geschichte droht die EU zu schrumpfen. Durch den Austritt Großbritanniens verliert sie einen Mitgliedstaat, 65 Millionen Menschen, über 17 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts und einen wichtigen EU-Nettozahler. Um das Friedensprojekt Europa nicht zu gefährden muss dieses Ereignis einzigartig bleiben. Umso wichtiger ist es, jetzt die Gelegenheit zu ergreifen und eine

neue große EU-Reform anzustoßen und Europa im Sinne der Bürger und Regionen weiterzuentwickeln. Das von Max Streibl entworfene Leitbild von einem "Europa der Regionen" muss erneut die Debatte um Europas Zukunft beeinflussen. Entsprechend muss Europa wieder bürgernäher und identifikationsstiftend werden. Dazu gehört zum einen das Aufgeben bürgerferner Großprojekte wie die umstrittenen Handelsabkommen, die gegen eine Mehrheit der Bürger abgeschlossen werden, aber auch mehr direktdemokratische Mitwirkungsmöglichkeiten in der Europapolitik.